

Rednerliste ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/4588 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler und ein Abgeordneter des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und die weiteren Abgeordneten der GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4605 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der GRÜNEN bis auf einen Abgeordneten, die FDP und - ? War das die CSU-Fraktion insgesamt?

(Unruhe bei der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD):
Es meldet sich doch keiner!)

CSU - Zustimmung? Kann ich das so werten? - Danke.

(Margarete Bause (GRÜNE): Na, dann hebt doch die Hände! - Allgemeine Unruhe)

Dann macht es doch deutlich!

(Zuruf von der CSU: Das haben wir doch! - Georg Schmid (CSU): Der Präsident muss aufpassen!)

- Danke. Wenn ich nicht alles sehen kann, dann kann ich nicht alles sehen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Enthaltungen? - Das sind die SPD und die Freien Wähler sowie ein Abgeordneter der GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4605 angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4607 - das ist der interfraktionelle Antrag von CSU- und FDP-Fraktion - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU, die FDP und die GRÜNEN, bis auf einen Abgeordneten. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das sind die SPD, die Freien Wähler und ein Abgeordneter der GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/4607 angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)
Änderung der Förderbedingungen für den Breitbandausbau (Drs. 16/4589)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
Bereitstellung passiver kommunaler Glasfasernetze im ländlichen Raum (Drs. 16/4602)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner für die Fraktion der Freien Wähler ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Breitband zum wiederholten Male - auch wir bedauern das, aber der Dringlichkeitsantrag ist der Situation und der Analyse geschuldet. Eine Änderung des Förderprogramms in dieser Phase noch einmal zur Diskussion zu stellen, ist auch deshalb problematisch, weil eine Reihe von Gemeinden die bisher gültigen Förderprogramme bereits in Anspruch genommen hat. Das wissen wir. Für sie würde die hier zur Debatte stehende Veränderung beziehungsweise Verbesserung der Programme zu spät kommen. Damit würden sicherlich Diskussionen provoziert. Trotzdem haben wir uns dazu entschlossen, diesen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Wir beobachten nämlich, dass das bisherige Programm nicht für alle eine ausreichende Lösung bietet.

In der Region, aus der ich komme, kenne ich eine Reihe von Gemeinden, die sagen: Die staatliche Förderung von maximal 100.000 Euro ist zu wenig, um eine langfristig tragfähige Breitbandlösung realisieren zu können, die auch auf Glasfaser basiert; das kann ich mir nicht leisten, ich muss deshalb mit minderwertigen Lösungen vorlieb nehmen; schaut doch, dass ihr im Landtag erreicht, dass der Freistaat uns die notwendige Unterstützung erteilt.

Wie wir wissen, geht das durchaus. Der GAK-Rahmenplan - also der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - gibt schon jetzt mehr Fördermöglichkeiten her. Andere Bundesländer machen davon auch Gebrauch. Wir brauchen eine Veränderung und eine Verbesserung, um die Probleme dauerhaft zu lösen. Das zeigt auch die Tatsache, dass der Landkreis Passau für seine Aktivitäten auf Bundesebene ausgezeichnet worden ist. Dies ist eine kommunale Ebene, Herr Staatsminister, die auf Ihrer Rechnung überhaupt nicht erscheint. Da gibt es nur die staatliche Förderung und die gemeindliche Verantwortung. Der Landkreis Passau hat jeweils 500.000 Euro in seinem Haushalt zur Verfügung gestellt; dieser Plan wurde aus der Not geboren. Der Landkreis hat die Gesamtkoordination übernommen. Warum hat er das wohl getan? - Weil es einer größeren Koordination bedarf, weil diese Koordination nicht auf der Ebene von 2.000 kleinen Gemeinden zu-

friedenstellend bewerkstelligt werden kann. Wenn man über diese Anhebung der Förderbeträge spricht, dann kann man daneben auch die anderen Aspekte, wie sie nach dem GAK-Rahmenplan möglich wären, zur Debatte stellen. Viele Gemeinden bauen inzwischen Infrastruktur auf und fragen, ob man die Leer-Rohre - die man mit Blick auf unseren Antrag nicht mit einem "h", sondern mit zwei "e" zu schreiben hätte - verwenden kann. Wir wissen jedenfalls, über welche Sache wir reden. Die Gemeinden fragen, ob diese Rohre eingebaut und dieses Vorhaben von staatlicher Seite auch gefördert werden könnten.

Das wäre vernünftig und vorausschauend, mit dem derzeit gültigen Förderprogramm des Freistaats Bayern ist das aber nicht zu machen. Deshalb sollten wir es ändern und solche Möglichkeiten zulassen. Das sollte nicht zu 100 % auf Rechnung der Gemeinden gemacht werden, sondern hier sollte der Freistaat seinen Beitrag leisten. Wir haben deshalb diesen Dringlichkeitsantrag eingereicht, zugegebenermaßen zum wiederholten Male, aber es ist notwendig.

Der Antrag der SPD verfolgt zwar mit anderen Worten, aber in der Sache das gleiche Ziel. Wir werden deshalb auch dem Antrag der SPD unsere Zustimmung erteilen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Karl für die SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon gesagt, das Thema "Breitband" ist wirklich ein Dauerbrenner hier bei uns im Bayerischen Landtag. Das ist auch richtig; denn wie jeder weiß, ist das schnelle Internet mittlerweile einer der wichtigsten Standortfaktoren für die Wirtschaft, aber auch für die Menschen in Bayern geworden. Das gilt auch für die ländlichen Räume.

Die SPD-Fraktion hat deshalb bereits im Mai 2009 einen Antrag zu Änderung der bayerischen Breitbandförderrichtlinie gestellt. Wir haben die drei Punkte, die die Freien Wähler heute aufgreifen, bereits damals in unserem Antrag gehabt, und zwar die Erhöhung der Fördersumme, eine maximale Förderquote von 90 % und die Anhebung der Mindestübertragungsrate. Es spricht aber nichts dagegen, gute Ideen, zumal wenn diese von der CSU und der FDP jedes Jahr abgelehnt werden, jedes Jahr erneut vorzulegen. Steter Tropfen höhlt den Stein, und ich höre nicht auf zu hoffen, dass ich es noch erleben werde, dass wir in Bayern flächendeckend ein schnelles Internet haben.

Wir werden dem Antrag der Freien Wähler zustimmen, zumal diese drei Punkte, wie gesagt, schon in unserem

Antrag enthalten waren. In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb auf einen Bereich konzentriert, der bisher noch nicht angepackt worden ist, für den aber großer Handlungsbedarf besteht. Das ist die Bereitstellung passiver kommunaler Glasfaserinfrastrukturen. Das bedeutet zum einen die Verlegung von Leerrohren, zum anderen aber auch die Bereitstellung von Zugängen zu Schaltkästen und Ähnliches. Oft liegt es an diesen kleinen Dingen, weshalb es mit dem Ausbau nicht vorangeht. Die Schaffung solcher Strukturen ist eine gute Möglichkeit, auch in kleineren Ortsteilen die Anschlüsse an ein schnelles Internet voranzubringen. Wenn die Kommunen in Vorleistung treten, ist es auch einfacher, einen Anbieter zu finden, der ein ordentliches Angebot abliefern kann. Leider können die meisten Kommunen solche Strukturen finanziell gar nicht bereitstellen, und deshalb muss dort etwas getan werden. Leider ist diesmal auch nicht Bayern der Vorreiter; vielmehr hat Baden-Württemberg ein umfangreiches Programm für die Verlegung von Leerrohren und Modellprojekte, auf denen ganze Netze aufgebaut werden, aufgelegt. Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag auf dieses Programm Bezug genommen, da wir der Meinung sind, was Baden-Württemberg kann, können wir Bayern schon lange. Wir sollten zum Wohle der Bürger - vor allem in den ländlichen Kommunen - jede Möglichkeit ausschöpfen, sei es die digitale Dividende oder die Verlegung von Leerrohren, um das letzte Haus in Bayern mit schnellem Internet zu versorgen. Die Bevölkerung wird es uns danken. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Antrag der Freien Wähler und zu unserem Antrag.

Beifall bei der SPD

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Huber für die CSU.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, dass wir uns oft mit diesem Thema beschäftigen; im Wirtschaftsausschuss nahezu jeden Monat. Das ist deshalb erstaunlich, weil wir uns im Ziel einig sind, eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in allen Landesteilen sicherzustellen. Wir haben derzeit in Bayern einen geschätzten Versorgungsgrad von 95 bis 96 %. Das ist erfreulich. Das Ziel ist jedoch, bis Ende des Jahres 2011 auf einen Versorgungsgrad von 98 bis 99 % zu kommen. Dabei sollen eine hohe Geschwindigkeit und eine gute Versorgung sichergestellt werden. In diesem Ziel sind wir uns einig, und das ist sehr erfreulich.

Wir unterscheiden uns jedoch hinsichtlich des Weges, auf dem wir zu diesem Ziel gelangen wollen. Ich möchte zudem herausheben, Herr Wirtschaftsminister, dass sich das jetzige Programm, das seit einiger Zeit läuft

und das unter Ihrer Verantwortung nachgebessert worden ist, hervorragend bewährt hat. Wir haben derzeit eine Förderung, die bis zu einer Investitionssumme von 500.000 Euro gehen kann - dies an die Adresse der Freien Wähler gesagt. Wir haben allerdings einen Fördersatz von 70 % und nicht von 90 %. Wir haben auch eine hohe Dynamik. Wir haben bisher für 342 Gemeinden - Minister oder Staatssekretärin übergeben mir fast jede Woche einen neuen Genehmigungsbescheid - die entsprechenden Genehmigungen ausgesprochen. Dafür sind rund 22 Millionen von insgesamt zur Verfügung stehenden 47 Millionen Euro bereitgestellt worden. Nachdem durch die Notifizierung der Europäischen Union Sicherheit vorhanden ist, ist eine sehr starke Dynamik in Gang gekommen. Ich möchte auch den Bürgermeistern und Gemeinderäten ausdrücklich danken, die sich dieser schwierigen Materie annehmen und in ihren Gemeinden etwas auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Karl, da Sie das Land Baden-Württemberg herausgestellt haben, möchte ich die Zahlen für Baden-Württemberg doch den Entwicklungen in Bayern gegenüberstellen: Bayern hat Genehmigungen für 342 Gemeinden erteilt, in Baden-Württemberg hat man es in zweieinviertel Jahren auf 177 Projekte gebracht und dafür Fördermittel von 10 Millionen Euro bereitgestellt. Bayern hat also das Doppelte an Projekten und mehr als das Doppelte an Mitteln aufzuweisen. Ich glaube nicht, dass wir uns auf die Geschwindigkeit von Baden-Württemberg zurückziehen sollten. Ich bin für mehr und nicht für weniger.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zu den vorliegenden Anträgen: Man kann über alles reden. Dass für die Gemeinden eine Förderung im Umfang von 90 % attraktiver ist als eine solche von 70 %, ist logisch; das brauchen wir nicht näher zu begründen. Allerdings ist Geld nicht unbegrenzt verfügbar. Wenn wir davon ausgehen, dass 47 Millionen Euro ausreichen müssen, dann bedeutet eine Anhebung der Fördersätze auf 90 %, dass weniger Gemeinden berücksichtigt werden können. Das halte ich für nicht recht.

Entscheidend ist der folgende Einwand: Wir bewegen uns auf einem Feld, das dem Beihilferegime der Europäischen Union unterliegt. Diese Tatsache hat uns auch im Jahr 2008 gebremst, weil es so lange gedauert hat, die Genehmigung für das bayerische Förderprogramm zu bekommen. Wenn wir jetzt das Ganze anhalten, zur Europäischen Union gehen und dort erklären, wir wollten zum zweiten Mal eine Nachbesserung des Programms, dann wird diese Prozedur vielleicht ein halbes Jahr dauern, was zur Folge hat, dass wir gewis-

sermaßen die Stopptaste betätigen. Das wäre das Falscheste, was wir tun könnten.

(Beifall bei der CSU)

Daran sehen Sie den Unterschied zwischen einem gut gemeinten Antrag - wir wollen das noch ein bisschen besser machen - und dessen Wirkung; das sind eben zwei Paar Stiefel. Die Wirkung, die Sie mit der Umsetzung Ihres Antrags auslösen würden, wäre ein Stillstand über längere Zeit. Die zweite Wirkung wäre: Die meisten Genehmigungen stammen von diesem Jahr. Wer also in den Monaten Januar bis März eine Genehmigung mit einem Fördersatz von 70 % erhalten hat und dann feststellt, dass die Förderung nunmehr null beträgt, während es ab September oder Oktober mehr geben könnte, der fühlt sich benachteiligt. Nicht möglich wäre es, im Nachhinein eine Anhebung vorzunehmen. Das würde bedeuten, dass in einem Jahr Gemeinden unterschiedlich gefördert würden. Eine solche Entwicklung würde mehr Unfrieden stiften, als sie Frieden bringen würde. Insofern ist das der zweite Grund, der dagegen spricht.

Das Dritte ist: Wir wissen nicht, ob die Summe von 47 Millionen Euro reichen würde. Wir sollten also den Schub, den wir jetzt erfreulicherweise haben, verstärken und ihn nicht aufheben, indem wir in populistischer Art und Weise den Gemeinden erklären, wir könnten es noch besser machen. Wir sollten den vorhandenen Schub nutzen und die Sache weiter voranbringen. Wir sollten Planungssicherheit geben. Alle zwei Monate die Förderrichtlinien zu verändern, würde Stillstand und Rückschritt bedeuten und keinen Fortschritt sicherstellen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb können wir Ihren zwei Anträgen nicht zustimmen. Sie können zwar damit hausieren gehen, aber es wird an der Realität nichts ändern.

Ich möchte auf zwei weitere Punkte kurz eingehen. Was die Förderung von Leerrohren angeht: Das klingt zunächst einmal ganz gut. Aber mit dem Leerrohr hat ein Bürger zunächst einmal gar nichts. Ein leeres Rohr im Erdboden stellt vielleicht eine vorbereitende Maßnahme dar. Wir aber wollen, dass innerhalb von eineinhalb Jahren die meisten Bürger in Bayern mit hoher Geschwindigkeit das Internet nutzen können. Wir haben viele Anträge, die eine Genehmigung im Umfang von sieben, acht, zehn oder fünfzehn Megabit vorsehen. Es ist nicht so, dass das bei einem oder zwei Megabit rumkriecht. Die Betroffenen wollen damit im Grunde genommen etwas bewegen. Sie wollen Internet und E-Mail nutzen und höhere Datenraten ausnutzen können. Die Betroffenen haben nichts davon, wenn in ihrer Straße ein leeres Rohr verlegt wird. Deshalb bringt uns das

nicht weiter. Dazu kommt: Wenn Sie das Verlegen von Leerrohren fördern, können Sie die Einrichtung eines Anbieters nicht erneut fördern, weil keine zweimalige Förderung erfolgen darf. Das bedeutet: Man schlägt möglicherweise mit der Einrichtung von Leerrohren die mögliche Wirkung aus dem Feld, weil eine Doppelförderung nicht möglich ist. So gesehen ist eine solche Maßnahme da und dort vielleicht einmal wünschenswert und wird auch von der Gemeinde gewünscht. Insgesamt ist diese Lösung aber nicht überzeugend.

Zum letzten Punkt: Wir müssen - das hat auch seine Logik - von der Technikneutralität ausgehen. Die Europäische Union schreibt uns vor, dass wir nicht nur eine bestimmte Technik - Glasfaser, Kupfer oder dergleichen - vorgeben dürfen, sondern dass das wirtschaftlichste Angebot genommen werden muss. In vielen Fällen ist die Funktechnologie das Wirtschaftlichste. In dieser Hinsicht gibt es gerade jetzt eine neue Chance. Die Bundesnetzagentur hat die Versteigerung von Frequenzen gestartet.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage? -

Erwin Huber (CSU): Nein.

Bei der Versteigerung sind vier Anbieter zugelassen. Wenn die Nutzung der Frequenzen zugeteilt ist, wird flächendeckend eine neue Dynamik hineinkommen, die im Grunde genommen wirtschaftlich getragen wird. Diese Dynamik sollten wir jetzt nicht dadurch stoppen, dass wir eine bestimmte Technik vorgeben.

Ich fasse zusammen: Die jetzige Praxis führt erfreulicherweise zu einer großen Dynamik und bedeutet, dass viele Gemeinden engagiert tätig sind, wir das Ganze finanziell fördern und so vorankommen, dass wir Ende des Jahres 2011 das Ziel erreicht haben. Deshalb ist jede Maßnahme, die dieses Vorgehen stoppt, falsch. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Huber. Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Huber, Sie haben wieder den üblichen Sündenbock EU-Notifizierung angesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass es ein Rahmenprogramm für die Fördermöglichkeiten des Bundes und der Länder gibt? Dieses Rahmenförderprogramm ist notifiziert. Es liegt natürlich in der Administration der einzelnen Bundesländer, ob sie diesen Rahmen ausschöpfen oder nicht. In diesem Rahmen ist eine maximale Förderquote von 90 % enthalten und eine mögliche Erhöhung der Fördersummen auf

500.000 Euro. Eine neue EU-Notifizierung ist deshalb überflüssig.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): Frau Kollegin, ich habe gar nicht beabsichtigt, die EU-Notifizierung als Sündenbock hinzustellen. Unser Programm ist der Europäischen Kommission zweimal vorgelegt und von ihr genehmigt worden. Eine Veränderung unterliegt damit logischerweise der gleichen Notifizierung. Mir geht es nicht darum, die Schuld abzuschieben. Es handelt sich um ein Faktum.

Manche Juristen vertreten die Auffassung, dass durch die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur eine generelle Genehmigung vorhanden sei. Die Mehrheit der Juristen teilt diese Auffassung jedoch nicht, und zwar deshalb, weil die GAK-Förderung in Bayern ins allgemeine Förderprogramm aufgenommen wurde und der Notifizierung der Europäischen Union unterliegt. Wenn wir ohne Rücksicht auf Brüssel eine Veränderung vornehmen würden, gingen wir ein hohes Risiko der Anlastung ein. Dieses Risiko können wir nicht schultern. Es ist nicht sinnvoll, zu sagen: Was schert mich Berlin? Was schert mich Brüssel? - Es wäre möglich, dass wir erhebliche Strafzahlungen leisten müssten. Das entfernt sich von einer sinnvollen Förderung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

- Danke für den stürmischen Beifall.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Annahme Ihrer Anträge würde dazu führen, dass die Gemeinden abwarten. Man weiß nicht mehr, wie es weitergeht. Nicht Brüssel, sondern der Landtag setzt die Fakten. Da es sich um einen Erfolgsweg handelt, sollte der Landtag auf Vorfahrt und "weiter so" setzen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment bitte. Herr Kollege Dr. Herz hat sich noch für eine Zwischenbemerkung gemeldet. - Jetzt hat er sie zurückgezogen.

Erwin Huber (CSU): Er ist schon überzeugt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hartmann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Huber war schon ziemlich erstaunlich. Den Protokollen aus der Zeit vor der Abwahl der alleinigen CSU-Regierung ist zu entneh-

men, dass Sie jegliche Förderprogramme abgelehnt und ständig darauf verwiesen haben, dass der Markt alles regeln würde. Das haben Sie immer gesagt. Nun haben wir deutlich gesehen, dass es der Markt nicht selber regelt. Wir brauchen Förderprogramme, um eine landesweite Internetanbindung zu ermöglichen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Daraufhin ist 2008 ein Förderprogramm aufgelegt worden. Das Förderprogramm hat nicht richtig funktioniert. Letztes Jahr wurde das Förderprogramm in diesem Hause novelliert, indem die Fördersummen erhöht worden sind. Derzeit steht eine Höchsthöchstförderung in Höhe von 100.000 Euro pro Maßnahme zur Verfügung.

In den Anträgen, die uns vorliegen, werden Maßnahmen gefordert, die in anderen Bundesländern bereits funktionieren. Die Breitbandbeihilferegulierung, die mit der EU abgestimmt worden ist, ist die Grundlage des Antrags der Freien Wähler. Das betrifft die maximale Fördersumme in Höhe von 500.000 Euro. Dort steht nicht drin, dass nicht zusätzlich gefördert werden dürfe. Wenn die Einzelförderung über 500.000 Euro hinausgeht - also bis zu 750.000 Euro, wie bei der SPD gefordert -, muss jede einzelne Maßnahme einzeln bei der EU beantragt werden. Es liegt in der Entscheidung der Kommune, ob sie diese hohe Summe beantragen möchte und ein längeres Verfahren in Kauf nimmt oder ob sie die maximale Fördersumme in Höhe von 500.000 Euro beantragt und sich somit die Einzelprüfungen erspart.

Für uns ist klar - deswegen stimme ich beiden Anträgen zu -, dass Schwachstellen im Ausbau des Breitbandnetzes in Bayern bestehen, die es zu beheben gilt. Wir wünschen uns eine technikunabhängige Lösung. Die Leerrohre sind gerade abqualifiziert worden, als würden diese nicht dringend benötigt. Jeder, der einmal im Kommunalparlament bzw. im Stadt- oder Gemeinderat war, weiß ganz genau, dass die Öffnung der Straßen für das Einsetzen von Leerrohren viele Vorteile bietet. Diese können anschließend entsprechend an Anbieter vermietet oder verkauft werden, um für einen DSL-Anschluss vor Ort zu sorgen. Eine pauschale Ablehnung der Leerrohre finde ich sehr schade. Wir stimmen beiden Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollege Dechant von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrtes Präsidium, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal einen ganz großen Dank an Herrn Hartmann von den GRÜNEN, da er ganz

deutlich herausgearbeitet hat, wie die Lage vor unserem Einzug ins Parlament zu diesem Thema war und wie die Lage jetzt ist. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Ich danke ihm ebenfalls dafür, dass er unter Beweis gestellt hat, dass wir nicht nur marktliberal sind, sondern durchaus vernünftige Politik machen.

Nun möchte ich mich zu den Anträgen äußern. Ich selbe komme aus einer Kommune, in der gerade Kabel verlegt werden und tausende Menschen in zahlreichen Haushalten darauf warten, an das Breitbandnetz mit bis zu 16 Megabit angeschlossen zu werden. In Randbereichen steht entsprechend weniger Bandbreite zur Verfügung. Es gibt Hunderte von Gemeinden, welche die neuen Anschlüsse beantragen und bearbeiten. Dort gibt es wiederum Hunderte von Haushalten und Tausende von Menschen, die mit den Hufen scharren und darauf warten, dass sie endlich an ein Breitband angeschlossen werden, weil sie im Moment nichts anderes haben als eine analoge oder bestenfalls eine ISDN-Telefonleitung. Damit ist im Prinzip gar nichts möglich. Durch Ihre Aktivitäten, die im Grundsatz zu begrüßen wären, verunsichern Sie die Kommunen und die Menschen draußen vor Ort. Lassen Sie uns weitermachen. Der eingeschlagene Weg funktioniert. Er hilft den Menschen draußen vor Ort, selbst wenn es sich dabei nicht um die Luxuslösung handelt. Dies ist aber zunächst unsere Standardlösung. Wir sollten nicht wochenlang runddiskutieren, da dies den Menschen draußen vor Ort nichts bringt.

(Beifall bei der FDP - Maria Noichl (SPD): Zu langsam!)

Aus diesem Grund werden wir die Anträge ablehnen. Liebe Kollegen von den Freien Wählern, ihr hattet einen zweiten Dringlichkeitsantrag zur digitalen Dividende, der leider heute nicht beraten wird. Über diesen Antrag hätten wir wunderbar diskutieren können. Der Antrag hat viel Potenzial. Das ist ebenfalls eine Geschichte, die wir vorantreiben müssen. Ihr Antrag enthält einige Punkte, die ich sehr begrüßenswert finde, da gerade diese Funktechnologie für das große und breite Land eine Riesenchance bietet. Dort könnte einiges an Breitband - LTE heißt der neue Standard - realisiert werden. Im Moment sind 100 Megabit möglich. Mit der Technik könnten noch 300 Megabit möglich sein. Damit können wir auf dem flachen Land wirklich etwas erreichen. Glasfaserlösungen wären zwar schön - das sehen wir genauso -, jedoch werden wir sie nie finanzieren können. Wir müssen so ehrlich sein und dies den Menschen sagen. Wir dürfen nicht irgendwelche Luftschlösser aufbauen. Aus den von mir erläuterten Gründen werden wir die Anträge ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass zum Antrag der Freien Wähler namentliche Abstimmung von der CSU-Fraktion beantragt worden ist. Herr Staatsminister Zeil, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Opposition sehr dankbar, dass sie uns so oft Gelegenheit gibt, Ihnen immer aktuell Auskunft über den Erfolg unseres Breitbandförderungsprogramms zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Wie Sie wissen, haben wir die Förderkonditionen sofort nach Amtsübernahme der neuen Staatsregierung massiv verbessert. Dank des Konjunkturpakets II haben wir das Fördervolumen verbessert. Das Letzte, was wir brauchen können, nachdem dieses Programm so erfreulich an Fahrt aufgenommen hat, ist, dass alle paar Monate die Spielregeln geändert werden.

(Beifall bei der FDP)

Beim ersten Mal haben wir schon das Problem gehabt, dass diejenigen Gemeinden, die noch schneller waren, bestraft worden sind. Es waren zwar damals nur 20, aber heute haben wir 345. Herr Kollege Huber hat es gesagt: In diesen Tagen sind noch drei geförderte Gemeinden in Bayern dazugekommen.

Was die Landkreise betrifft, werden immer Probleme dargestellt, Herr Kollege Muthmann, die es gar nicht gibt. Wir haben selbstverständlich gesagt: Wenn sich die Gemeinden zusammenschließen, bekommen sie die Förderung genauso. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Landkreisen und Gemeinden für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken.

Landtagssitzungen sollen immer auch Bildungsveranstaltungen sein und zur Fortbildung der Opposition beitragen. Daher wiederhole ich, dass wir natürlich nicht eine Höchstförderung für mehr als ein Megabit pro Sekunde haben, sondern dass es sich um eine Untergrenze handelt und es in Bayern vielfach über diese Marke hinausgeht.

Bezüglich der Förderung der Leerrohre darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass die EU-Kommission diese nur unter äußerst engen Voraussetzungen erlaubt, sodass der bürokratische Aufwand der Gemeinden so hoch ist, dass er die ganze Option letztlich infrage stellt. Die Kommission schließt zum Beispiel eine Förderung aus, falls Funk- oder Satellitenbetreiber

darlegen, dass sie mit staatlicher Finanzhilfe für eine Grundversorgung in dem betreffenden Gebiet einstehen. Hierfür steht ihnen ein Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung. Somit ist eine Doppelförderung ausgeschlossen.

Im Übrigen weisen wir die Gemeinden an unseren runden Tischen darauf hin, dass sie das Thema Leerrohrverlegung ernst zu nehmen haben, dass sie diese durchführen sollen. Niemand ist daran gehindert, es zu tun.

Wir müssen uns einmal die einzelnen Themen anschauen. Dann stellen wir fest, dass wir auch landkreisweite Mischlösungen haben, zum Beispiel mit VDSL-Bandbreiten von bis zu 50 Megabit pro Sekunde, wie etwa in Rhön-Grabfeld oder bei dem Modellprojekt zur digitalen Dividende in Schnaitsee. Solche Projekte haben das Potenzial, für ganz Bayern Maßstäbe zu setzen.

Ich bin sehr froh - damit erledigt sich vielleicht auch der heute nicht mehr zur Behandlung anstehende Antrag zur digitalen Dividende -, dass es uns als Freistaat Bayern gelungen ist, in die Ausschreibungs- und Versteigerungsbedingungen genau das aufzunehmen, was jetzt sozusagen als Nachklapp in dem Antrag steht, dass nämlich vorrangig die unversorgten Gebiete zu bedienen sind. Ich bin angesichts des Standes der Versteigerungsthematik sehr zuversichtlich.

Meine Damen und Herren, wir haben hier ein sehr gutes Breitbandförderungsprogramm. Es ist das beste von allen Bundesländern. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass kein Bundesland den Rahmen des GAK voll ausnutzt. Manche Länder können das zum Beispiel auch mangels eigener Fördermittel gar nicht tun.

Wir haben das fortschrittlichste und bisher erfolgreichste Breitbandförderprogramm von allen Bundesländern. Lassen Sie uns bitte auf diesem Weg fortfahren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für den Antrag 16/4602, nachgezogener Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, wurde jetzt ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt.

Da die erforderliche Frist noch nicht abgelaufen ist, werden wir die Abstimmungen zu den beiden letzten Dringlichkeitsanträgen jetzt zurückstellen.

Wir fahren in der Behandlung der Dringlichkeitsanträge fort.

Ich rufe auf:

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FW; Änderung der Förderbedingungen für den Breitbandausbau (Drucksache 16/4589)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			X
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	91	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion SPD; Bereitstellung passiver kommunaler Glasfasernetze im ländlichen Raum (Drucksache 16/4602)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aiwanger Hubert	X			Gote Ulrike	X		
Arnold Horst	X			Gottstein Eva	X		
Aures Inge	X			Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Guttenberger Petra			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X			Hacker Thomas		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Beckstein Günther				Hallitzky Eike	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Dr. Bertermann Otto		X		Hartmann Ludwig	X		
Dr. Beyer Thomas				Heckner Ingrid		X	
Biechl Annemarie		X		Heike Jürgen W.		X	
Biedefeld Susann	X			Herold Hans		X	
Blume Markus		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Bocklet Reinhold		X		Herrmann Joachim			
Breitschwert Klaus Dieter		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Hessel Katja			
Brunner Helmut				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Bulfon Annette		X		Hintersberger Johannes		X	
Daxenberger Sepp	X			Huber Erwin		X	
Dechant Thomas		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hünnerkopf Otto			
Dittmar Sabine	X			Huml Melanie		X	
Dodell Renate		X		Imhof Hermann		X	
Donhauser Heinz		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Jung Claudia	X		
Eck Gerhard				Kamm Christine			
Eckstein Kurt		X		Karl Annette	X		
Eisenreich Georg		X		Kiesel Robert		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Felbinger Günther	X			Klein Karsten		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Kobler Konrad			
Dr. Förster Linus				König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Gantzer Peter Paul	X			Kreuzer Thomas		X	
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten				Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Goderbauer Gertraud		X		Lorenz Andreas		X	
Görlitz Erika		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	92	0